

## Ralf Fücks Alternative Regionalökonomie Chancen kommunal-genossenschaftlicher Ansätze am Beispiel Bremen

### Einleitung

Seit einigen Jahren geistert durch die regionalwirtschaftliche Diskussion der Bundesrepublik ein Begriff, der mittlerweile auch Eingang in die Politik gefunden hat: das »Nord-Süd-Gefälle«. Die Analogie zum globalen Dualismus von »reichem Norden« und »armem Süden«, von dominierenden Metropolen und abhängiger Peripherie des Weltmarkts erscheint frivol, da es sich doch um Ungleichgewichte innerhalb einer Gesellschaft von außerordentlicher Wirtschaftskraft und hohem Konsumstandard handelt.

Gleichwohl ist diese Analogie nicht ganz sinnlos: wenn sich Wirtschaftswachstum, Steuererwerb, Beschäftigungsniveau und Wohlstand innerhalb der Bundesrepublik weiter so auseinanderentwickeln wie im letzten Jahrzehnt, wird sich die bisherige relative Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse auflösen. An ihre Stelle wird die wachsende Kluft zwischen dynamischen und prosperierenden Zentren von Industrie, Dienstleistungen, Forschung und Finanzen auf der einen Seite, industriellen Krisen- und sozialen Notstandsregionen auf der anderen Seite treten. Insofern nähert sich die Bundesrepublik nur der kapitalistischen Normalität, wie sie etwa in Italien, England oder den USA sehr viel schärfer ausgebildet ist (vgl. dazu Läßle 1986). Wirtschaftspolitische Konzepte einer weltmarktorientierten »Modernisierung«, seien sie konservativer oder sozialdemokratischer Provenienz, verstärken entweder diese Entwicklungen oder nehmen sie schlimmstenfalls gar nicht zur Kenntnis. Wirtschaftspolitische Alternativen sind dünn gesät. In den nachfolgenden Ausführungen geht es um die Möglichkeit eines an ökologischen, sozialen und demokratischen Kriterien orientierten Entwicklungswegs für traditionelle Industrie- und Handelsregionen, die gegenwärtig eher zu den Verlierern als zu den Gewinnern des rapiden Umbruchs von Technologien und internationaler Arbeitsteilung zählen. Konkret geht es um die Stadt Bremen. Im Mittelpunkt stehen vier Fragen:

1. Wie können autonome Handlungs- und Entscheidungsräume für die Gemeinden und Regionen gegenüber den anonymen »Sachzwängen« des Weltmarkts erweitert werden?
2. Wo liegen die Grenzen für eine »endogene«, selbst-reproduktive Entwicklung einer Region, die so stark in den Weltmarkt eingebunden ist wie die alte Hafen- und Kolonialmetropole Bremen?
3. Wie kann die »alternative Ökonomie« aus ihrer Nischenexistenz herauswachsen und die Phase der »ursprünglichen Akkumulation« bewältigen?
4. Wie könnte ein gesellschaftliches und politisches Bündnis Konzept aussehen, um eine Neuorientierung gegenüber der jetzt vorherrschenden Weltmarkt- und Wachstumskoalition durchzusetzen?

### Das »Nord-Süd-Gefälle« — Ursachen und Folgen

Die geographische Unterscheidung Nord-Süd ist zugleich treffsicher und verhüllend: sie trifft die Tatsache, daß sich die wirtschaftsgeographischen Wachstumspole vom Norden der Bundesrepublik in den Süden verschoben haben. Und sie verhüllt, daß diese geographische Verschiebung Resultat eines tiefgreifenden technischen, ökonomischen und sozialen Wandels und von Umwälzungen der internationalen Arbeitsteilung ist.

Es sind gerade die traditionellen Industriestandorte, die heute zu Krisenregionen geworden sind, während die Bundesländer, die erst nach dem zweiten Weltkrieg voll von der Industrialisierung erfaßt wurden, an der Spitze von Technologie und Wachstum stehen. Bayern, das noch bis in die 60er Jahre in Norddeutschland als rückständig-provinziell belächelt wurde, verzeichnet inzwischen das dynamischste Wirtschaftswachstum mit einem Wachstum des realen Sozialprodukts von 37 v. H. im Zeitraum 1975 bis 1985. Es folgen die Bundesländer Hessen (+ 29%), Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg (+ 27%). Am Ende dieser Skala stehen Hamburg (+ 19%), Nordrhein-Westfalen (+ 18%) und als Schlußlicht Bremen (+ 14%) (vgl. dazu Friedrichs u.a. 1986).

Selbstverständlich verdecken diese Zahlen, daß auch innerhalb der prosperierenden Länder krasse Disproportionen zwischen städtisch-industriellen Zentren und ländlichen Gebieten bestehen. So zählen etwa die östlichen Grenzregionen Bayerns zu den ausgesprochenen Krisengebieten mit hoher Arbeitslosigkeit, Abwanderung und niedrigem Einkommensniveau. Und innerhalb Nordrhein-Westfalens existieren krasse Gegensätze zwischen den alt-industriellen Krisenregionen des Ruhrgebiets und den modernen, expandierenden Industrie- und Dienstleistungsstandorten. Insofern beschönigen diese globalen Vergleichsdaten sogar die reale Auseinanderentwicklung zwischen den wirtschaftlichen Ballungszentren der Bundesrepublik: Der Abstand zwischen München, Stuttgart und Bremen als den Verlierern des Strukturwandels ist noch erheblich größer, als im Vergleich der Flächenländer sichtbar wird.

Die Ursachen für diesen Differenzierungsprozeß sind mittlerweile breit diskutiert. Ich werde deshalb nur stichpunktartig einige der wichtigsten strukturellen Entwicklungen benennen:

- (1) Im Ruhrgebiet und an der norddeutschen Küste ballen sich traditionelle Industrien, die dort vom 19. Jahrhundert bis in die 60er Jahre hinein Vorreiter von Wachstum und Beschäftigung waren: Die Montanindustrie (Kohle, Stahl), der Schiffbau und die Textilindustrie. Dazu kommen spezifische Küstenökonomien wie Fischfang und Fischverarbeitung. Alle diese Branchen befinden sich seit den 70er Jahren in einem tiefgreifenden internationalen Strukturwandel, in dem Westeuropa (und die USA) immer mehr Marktanteile zunächst an Japan und dann an die neu industrialisierten »Schwellenländer« verloren — zum Teil als direkte Folge von Kapitalexporth in diese Regionen.
- (2) Rohstoffverarbeitende, energieintensive Großindustrien, die in den 60er und 70er Jahren mit milliardensubventionen an Hafenstandorte in Norddeutschland gezogen wurden (Raffinerien, Chemieindustrie, Aluminiumproduzenten), wandern mittlerweile bereits wieder ab: Dieser Typus von stark umweltbelastenden Industrien siedelt zunehmend an den Küsten der rohstoffproduzierenden Länder der »3. Welt«.
- (3) Im Vergleich zu ihren südlichen Konkurrenten haben die Küstenländer eine stark defizi-

täre Forschungs- und Technologie-Infrastruktur: Die große Mehrzahl der technologieorientierten Forschungseinrichtungen der Bundesrepublik befindet sich in ihrer südlichen Hälfte. Dementsprechend sind die modernen Wachstumsindustrien verteilt: Firmen wie Siemens, Bosch, IBM, Nixdorf, MBB oder Daimler haben ihren Schwerpunkt in Bayern und Baden-Württemberg, wo High-Tech-Industrien, Rüstungsproduktion und staatlich organisierte Forschung eine enge Symbiose eingegangen sind.

(4) Dazu kommen noch einige Sonderfaktoren wie etwa die Verlagerung gewichtiger Teile der Kaffee- und Tabakindustrie aus Bremen nach Westberlin aufgrund des starken Subventionsgefälles zugunsten der ehemaligen »Reichshauptstadt«.

(5) Die Teilung Deutschlands und Europas als Resultat des zweiten Weltkriegs hat die nordwestdeutschen Wirtschaftszentren von ihrem traditionellen »Hinterland« in Mittel- und Osteuropa abgeschnitten. Das gilt insbesondere für eine Hafenstadt wie Hamburg. Umgekehrt hat die Gründung der EG und die Herausbildung eines integrierten westeuropäischen Marktes die Wachstumstrends stark in die südwestlichen Regionen verlagert: heute bildet das Rhein-Main-Gebiet die zentrale Wirtschaftsachse der Bundesrepublik, die eng mit der Schweiz, dem Pariser Becken und den Benelux-Staaten korrespondiert.

(6) Diese Entwicklung hat besonders die beiden Universalhäfen Hamburg und Bremen getroffen: mit der wirtschaftlichen Integration Westeuropas und dem grenzüberschreitenden Ausbau der Verkehrswege (Autobahnen, Eisenbahnverbindungen und Binnenschiffstraßen) verlagerte sich der seewärtige Außenhandel der Bundesrepublik zunehmend auf die holländisch-belgischen Westhäfen, insbesondere auf Rotterdam, das zum Hauptexporthafen der bundesdeutschen Industrie wurde.

Das Resultat dieser knapp skizzierten Entwicklungstendenzen ist ein seit etwa Mitte der 70er Jahre offenbar wartender Prozeß der »Abkoppelung« der norddeutschen Küstenregionen von der allgemeinen Wachstums- und Wohlstandsentwicklung in der Bundesrepublik. Zwei Momente sind besonders augenfällig: Die drastischen Beschäftigungsverluste im verarbeitenden Gewerbe (minus 30 % von 1970-1985 in Bremen) und das im Bundesvergleich unterdurchschnittliche Wachstum des Dienstleistungssektors. Der De-Industrialisierung dieser Wirtschaftsregion entspricht also kein beschleunigter Ausbau des tertiären Sektors, der die Arbeitsplatzverluste hätte kompensieren können.

Die Dauerarbeitslosigkeit auf hohem Niveau ist nicht allein ein arbeitsmarktpolitisches Problem, sondern hat auch weitgehende finanzpolitische Auswirkungen: Immer mehr Erwerbslose müssen ganz oder teilweise von den Gemeinden im Rahmen der kommunalen Armutsverwaltung finanziell unterstützt werden. In einem Stadtstaat wie Bremen macht die »Sozialhilfe« bereits rund 10 % aller öffentlichen Netto-Ausgaben aus.

Gleichzeitig werden hohe Beträge für die Stabilisierung von Krisenbranchen aufgewandt: Allein für die angeschlagenen Werften hat die Bremer Landesregierung im letzten Jahrzehnt ca. 300 Millionen DM an Zuschüssen und Bürgschaften aufgebracht (zusätzlich zu den Subventionen der Bundesregierung). Dennoch gingen fast 50 % der Arbeitsplätze im Schiffbau verloren. Da zudem die Steuereinnahmen aufgrund der wirtschaftlichen Probleme niedriger als im Bundesdurchschnitt ausfallen, klappt die Schere zwischen öffentlichen Einnahmen und krisenbedingten Ausgaben immer weiter auseinander. Logische Folge ist ein rapides Ansteigen der öffentlichen Verschuldung: ein steigender Anteil der Ausgaben

von Ländern und Gemeinden in den Krisenregionen muß per Kredit finanziert werden, was wiederum die Zinsbelastung in die Höhe treibt. In Bremen als dem relativ höchstverschuldeten Bundesland hat die Zinsquote inzwischen 15 % der Gesamtausgaben überschritten — eine Tendenz, die die Gestaltungsspielräume der Haushaltspolitik gegen Null schrumpfen läßt.

Während Baden-Württemberg und Bayern 1986 ihren Nettohaushalt zu 96 % aus laufenden Einnahmen finanzierten, konnten das Hamburg nur zu 88 %, Bremen zu 82 % und das Saarland zu 79 %. Angesichts dieser Strukturen und Entwicklungen ist öffentliche Wirtschaftspolitik selten mehr als Mangelverwaltung und Krisenmanagement.

### Konturen einer alternativen Regionalpolitik

Dieser Überblick über die sozio-ökonomische Krisenentwicklung der traditionellen Industrieregionen der Bundesrepublik illustriert die *reale Grundlage* für die Diskussion um »autozentrierte«, regionalorientierte Entwicklungswege, wie sie innerhalb der GRÜNEN, aber nicht nur dort, geführt wird. Es ist eben kein Zufall, daß diese Diskussion sich an den Orten konzentriert, an denen auch die Krise am ausgeprägtesten ist (vgl. dazu Krummacker u.a. 1985; Einemann/Lübbing 1985). Im Ruhrgebiet und den norddeutschen Küstenregionen. Das gilt auch für die Gewerkschaften. Insbesondere die norddeutsche IG Metall spielt dabei eine Vorreiterrolle:

Konfrontiert mit massiven Arbeitsplatzverlusten im Schiffbau, der Stahlindustrie, auch im Maschinenbau und der Elektroindustrie ist diese Gewerkschaft über den Rahmen traditioneller Tarifpolitik hinausgegangen und hat ein »Struktur- und Beschäftigungsprogramm Küste« vorgelegt, das zahlreiche Impulse aus den »neuen sozialen Bewegungen« aufgreift. Es geht dabei im Kern um die Verknüpfung einer regionalbezogenen Umwelt- und Beschäftigungspolitik. Ausbau der öffentlichen Verkehrssysteme, Sanierung der Flüsse und Schutz des Grundwassers, großangelegte Wiederverwertung von Abfällen, Aufbau einer dezentralen, umweltfreundlichen Energieversorgung ohne Atomkraft, bauliche und soziale Umgestaltung von Großwohnanlagen und Trabantenstädten — das verkörpern die »gesellschaftlichen Bedarfssfelder«, in denen neue, sinnvolle Arbeitsplätze geschaffen werden sollen.

Die Erfahrung, daß Weltmarktintegration und Exportorientierung für die industriellen Krisengebiete keine Garanten von Wachstum und Wohlstand mehr sind, hat bei der norddeutschen IG Metall den Boden gedüngt für Argumente und Ideen, die aus dem neuen, wachstums- und industriekritischen Diskurs stammt, wie er seit den 70er Jahren in der Ökologiebewegung, den 3. Welt-Solidaritätsgruppen, der Friedensbewegung oder bei den Feministinnen dominiert. Genau diese Kombination macht das Neue und den Reiz der Debatte um »alternative Regionalentwicklung« aus: Es geht nicht einfach um eine neue Variante von Industrie- und Wachstumspolitik, sondern um Ansätze für ein anderes Entwicklungs- und Lebensmodell in den Zentren des »Industrialismus«.

Das Gegenbild zu der Strategie weltmarktorientierter Modernisierung, wie sie von den Strukturgebern des Südens der Bundesrepublik verfolgt wurde und wird, wäre eine

»rot-grüne« Perspektive (nicht zu verwechseln mit einer bloßen Kombination sozialdemokratischer und grüner Programme und Minister) einer alternativen Regionalpolitik. Konturen und Kriterien eines solchen politischen Projektes lassen sich bereits formulieren. Es umfaßt:

- den Widerstand gegen »harte« Technologien mit hohem ökologischen und sozialen Risikopotential (wie Atom- und Gentechnologie), oder, positiv formuliert: das Ziel einer »sanften«, umweltverträglichen Produktionsweise;
  - eine gebrauchswertbezogene, an der sozialen und natürlichen Lebenswelt orientierte Abwägung wirtschaftlicher und technischer Entscheidungen;
  - die Aufwertung der Qualität der Arbeit gegenüber bloßen Einkommens- und Karriere-motiven;
  - die Förderung kleinräumiger, kommunaler und regionaler Vernetzungen, Stärkung der Binnenkreisläufe gegenüber dem Weltmarkt;
  - die Betonung des Prinzips Kooperation (zwischen Betrieben, Produzenten und Konsumenten, Gemeinden und Ländern) gegenüber dem Prinzip Konkurrenz;
  - die Entwicklung genossenschaftlicher Wirtschaftsformen;
  - eine Politik der Arbeitszeitverkürzung und der sozialen Mindestsicherung (auch außerhalb von Erwerbsarbeit);
  - die Erweiterung kommunaler und regionaler Eigenständigkeit und Gestaltungsfreiheit.
- Es geht mir im weiteren nicht darum, diesen Kriterienkatalog in ein kohärentes oder gar quantifiziertes Programm einer alternativen Regionalpolitik mit ökologischer Orientierung umzusetzen. Ich will vielmehr die Motive und Ansatzpunkte eines solchen Projektes diskutieren, um so dessen Plausibilität und Notwendigkeit hervorstreichend.

### Autonomie und Ökologie

Politisch am entscheidendsten ist für mich das hartnäckige Beharren auf den verbliebenen Resten lokaler Autonomie gegenüber den Gleichschaltungs-Tendenzen, die von den Weltmarkt-Kapitalen und den Bürokratien in Bonn und Brüssel ausgehen. Eine Form von »Lokalpatriotismus« also, die sich dagegen wehrt, daß die elementaren Entscheidungen über Wohl und Wehe ganzer Regionen vollends an unerreichbare, anonyme Instanzen ausgeliefert werden: Weltmarkt, Börsenkonjunktur, Vorstände internationaler Konzerne, Behörden-, Parteien- und Lobbyisten-Filz in den Hauptstädten.

Ohne diesen Widerstand wird die Forderung nach kommunaler Selbstverwaltung eine hohle Formalität, weil es faktisch vor Ort nichts mehr zu entscheiden gibt, was die Gestaltung der materiellen Lebensverhältnisse betrifft: »Es ist die alleroberflächlichste Kategorie, der Zins, eine rein monetäre Kategorie, gebildet auf den abstraktesten Märkten, den ... internationalen Kreditmärkten, die nun das ganz konkrete Leben der Menschen in vielen Teilen der Welt bestimmt, ohne daß die betroffenen Menschen auch nur die geringste Chance hätten, die Bewegung der Zinsen beeinflussen zu können« (Altvater 1986). Der Weltmarkt ist der klassische Schauplatz der Wertabstraktion, d.h. der Ignoranz gegenüber den konkreten *Naturbedingungen* wie gegenüber den besonderen *kulturellen und sozialen* Bedingungen

der Produktion. Dominanz des Weltmarkts heißt zugleich Tendenz zur *Uniformierung* der Welt; zur Nivellierung von Produktions- und Lebensweisen auf den Trümmern der regionalen Traditionen und Kulturen: Gleichförmigkeit auf unterschiedlichen Reichtumsniveaus.

Damit steht auch die Möglichkeit auf dem Spiel, die Verletzung der je besonderen Naturgestalt von Regionen durch großräumig-uniforme Produktionsweisen, Verkehrssysteme und Baustile aufzuhalten. Eine neue, produktive Synthese zwischen Arbeit und Natur, Landschaft und Siedlung, Stadt und Land setzt größere politische wie wirtschaftliche Eigenständigkeit der Kommunen und Regionen gegenüber nationalen und internationalen Zusammenhängen voraus.

Nur in regionalem Maßstab können deshalb das je spezifische Klima, die Bodenbeschaffenheit, Wasserverhältnisse, Rohstoffvorkommen sowie die je besondere Kultur mit der Produktion in Einklang gebracht und damit als Produktivkräfte erhalten statt zerstört werden. Und nur auf regionaler/kommunaler Ebene kann sich eine bewußte Gestaltung und Kontrolle der gesellschaftlichen Entwicklung durch die Bevölkerung herausbilden: Dort, wo sich Arbeit, Freizeit und Politik überschneiden und der Zusammenhang zwischen bestimmten Entscheidungen und ihren Konsequenzen für das eigene Leben noch überschaubar ist.

»Regionalisierung« hat gleichermaßen eine ökonomische, kulturelle und politische Dimension. Sie zielt notwendig auch auf größere finanzielle, rechtliche und politische Kompetenzen der Kommunen und Regionen, eine drastische Neuverteilung der Gewichte gegenüber dem Zentralstaat. Kein bescheidener Anspruch — es geht um nicht weniger als um die Umkehrung der Tendenz zur wachsenden ökonomischen und politischen Zentralisierung, die mit der Entwicklung des Kapitalismus und des absolutistischen Staates vorherrschend wurde. Ein politisch anspruchsvolles Konzept also, für das politische Mehrheiten geschaffen werden müssen, dessen Grenzen aber auch deutlich kenntlich gemacht werden müssen. »Regionalisierung« darf nicht als Allheilmittel mißverstanden werden.

### Grenzen der Regionalisierung

Die faktische Zentralisierung von Produktion und Austausch und damit auch der aus ihnen entspringenden Probleme drängt immer wieder zu zentralistischen Politikkonzepten, ob es um Antworten auf das Waldsterben oder um Programme gegen Arbeitslosigkeit geht. Internationale Arbeitsteilung und Weltmarktorientierung der Ökonomie scheinen so übermächtig, daß eine regionalwirtschaftliche Orientierung von vorneherein als naiv und illusionär gilt.

In der Tat müssen gerade die Verfechter regionalwissenschaftlicher Ansätze deren Grenzen aufzeigen, um ein realistisches Bild ihrer Möglichkeiten zu vermitteln (vgl. Einemann, 1986). Gerade in einer Region wie Bremen sind diese konkreten Schranken einer solchen Politik unübersehbar. Obwohl auch hier die Mehrzahl der Beschäftigten in kleinen und mittleren Betrieben arbeitet, ist die Wirtschaftsstruktur doch von weltmarktorientierten Großunternehmen geprägt.

Den Kern dieser Weltmarkt-Ökonomie bildet der *Hafen*, von dem direkt oder indirekt 25 bis 30 Prozent aller Arbeitsplätze in Bremen und Bremerhaven abhängen. Um den Hafen gruppieren sich zahlreiche Dienstleistungsbetriebe, die auf ihn bezogen sind: Speditionen, Versicherungen, Außenhandelsagenturen etc. Auf diesen »inneren Kreis« der Hafenwirtschaft folgen die importabhängigen und/oder exportbezogenen Industrien: Stahl, Lebensmittelindustrie, Autoproduktion, Wollverarbeitung. Der traditionelle Kern der Bremer Wirtschaft (Außenhandel, Nahrungs- und Genussmittelindustrie, Textil) basiert auf dem Import und der Verarbeitung von Kolonialwaren (Kaffee, Baumwolle, Tabak, Früchte, Getreide). Folgt daraus schon eine starke faktische Abhängigkeit von den Wechselfällen des Weltmarkts, so wird der Spielraum regionaler Wirtschaftspolitik noch zusätzlich durch die starke »Außensteuerung« der Bremer Ökonomie eingeengt. Mit wenigen Ausnahmen sind gerade die dominierenden Großbetriebe nur Filialen von Konzernen, deren Zentrale sich außerhalb Bremens befindet. Dieser Prozeß der »Externalisierung« wirtschaftlicher Entscheidungen hat sich gerade in den letzten Jahren noch verschärft.

Angesichts dieser massiven stofflichen Verwicklung mit dem Weltmarkt und international operierenden Konzernen erweist sich die Perspektive einer »Abkopplung« der Region im Sinne einer weitgehend autarken Reproduktion, wie sie etwa Rudolf Bahro vorschwebt, als pure Illusion, ganz abgesehen von der Wünschbarkeit einer solchen Utopie. Die »Abkopplung vom Weltmarkt« ist für Bremen bloß als ökonomisch-soziale Katastrophe, als Zusammenbruch denkbar, für den in der Region mit ihren verfügbaren Ressourcen keine Auffanglösung in Sicht ist. So können die in ihrer Dimension und materiellen Gestalt von vornherein auf den Weltmarkt zugeschnittenen Betriebe allenfalls partiell in regionale Umwandlungsprozesse einbezogen werden. Zum Beispiel läßt sich die Stahlindustrie (Klößner mit immer noch rund 5 200 Beschäftigten) weder stofflich umwandeln noch auf den »regionalen Bedarf« zurechtstutzen, und selbst die Umwandlung des Daimler-Werks in eine Fabrik für Straßenbahnen, Busse und Fahrräder könnte kaum 11 000 alternative Arbeitsplätze sichern, schon gar nicht bei einer Beschränkung auf den nationalen oder gar regionalen Markt. Außerdem sind Straßenbahnen und auch Fahrräder Produkte, die wiederum den Import von Rohstoffen und eine entwickelte industrielle Technik voraussetzen.

Worum es allein gehen kann, ist eine relative *Verschiebung der Gewichte* zwischen Weltmarkt und Region zugunsten größerer regionaler Autonomie, kleinräumiger Vernetzung, genossenschaftlichen Initiativen und kommunaler Demokratie als den Formen, in denen sich gebrauchswertorientierte Produktion, humane Arbeitsverhältnisse und umweltfreundliche Wirtschaftsweisen entwickeln können. Um diesen Prozeß in Gang zu setzen, ist allerdings eine regelrechte Umkehrung der bisherigen Wirtschaftspolitik von Bund, Ländern und Gemeinden notwendig, die systematisch auf die Förderung überregionaler, exportorientierter Aktivitäten angelegt ist. Damit ist bereits angezeigt, daß eine alternative Regionalpolitik niemals allein in *einer* Region umgesetzt werden kann. Dazu bedarf es auch einer veränderten wirtschaftspolitischen Orientierung auf Bundesebene. Erste Schritte lassen sich aber auf regionaler Ebene durchaus einleiten.

### Binnenkooperation statt Expansion

Die Alternative einer binnenorientierten Entwicklung muß anknüpfen an regionalen Ressourcen und Bedürfnisse, die politisch mobilisierbar sind. Es geht also darum, örtliche Produktionspotentiale, wissenschaftlich-technische Kapazitäten und soziale Interessen zusammenzubringen, um ökologische und soziale Innovationen, Produkte und Dienstleistungen in Gang zu setzen, die sich über den Markt (bisher) nicht realisieren können.

Ein solches Konzept ist nicht zu verwechseln mit dualwirtschaftlichen Ansätzen, die ein bloßes Nebeneinander von kapitalistischem (Erwerbs-) Sektor und Subsistenzarbeit entwerfen. Vielmehr geht es um den Versuch, auf regionaler Ebene einen alternativen, soll heißen selbstverwalteten, gebrauchswertorientierten und umweltbewußten Sektor zu schaffen, der in die Bereiche industrieller Produktion und kommerzieller Dienstleistungen hineinreicht. Am Beispiel Bremens läßt sich veranschaulichen, welche »Ressourcen« für eine solche Analyse bewegt werden könnten. Auch hier geht es mir nicht um ein quantifiziertes Programm, sondern um die Herausarbeitung der Vielzahl von Ansatzpunkten, die eine solche Strategie umsetzbar oder auch komplex werden lassen. Acht Ansatzpunkte will ich dabei unterscheiden (vgl. hierzu auch die These einer »Gesellschaft für ökologische Regionalentwicklung [GÖRE]« im Kasten):

1. *Der Haushalt* mit seinem Nachtragspotential (Investitionen), den Finanzmitteln für Wirtschaftsförderung, Forschungs- und Technologiepolitik, die umgepolt werden müssen (»Kampf um den Haushalt«).
2. *Die kommunalen Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen* mit ihrem Investitionspotential und ihrem prägenden Einfluß auf die öffentliche Infrastruktur (Energie, Verkehr, Wohnungsbau und Stadtansanierung, Abfallwirtschaft). So verfügen allein die Bremer Stadtwerke über ein Investitionsvolumen von rund 25 Prozent der öffentlichen, über den Haushalt finanzierten Investitionen. Außerdem hält der Bremer Senat Beteiligungen an zahlreichen Industrieunternehmen und kontrolliert 50 Prozent des Kapitals der Hafenschlags-Gesellschaft, ohne diese Eigentumstitel bislang für eine koordinierte Wirtschaftspolitik zu nutzen.
3. *Die genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Unternehmen*, soweit sie noch vor dem Ausverkauf an der Börse zu retten sind, z.B. die regionalen Nachfolgegesellschaften der Neuen Heimat.
4. *Der Alternativsektor*: Selbstverwaltete Betriebe, Selbsthilfe-Projekte, die heute noch weitgehend ein Nischen-Dasein im Handwerk, im Einzelhandel und im Bereich sozio-kultureller Dienstleistungen führen.
5. *Regionale Forschungs- und Technologie-Einrichtungen*: Von der verbeamteten Wissenschaft an den Hochschulen (die gegenwärtig in Dienstleistungsunternehmen für die Bremische Wirtschaft verwandelt werden), dem Potential der Arbeiter- und Angestelltenkammer bis zu unabhängigen Einrichtungen wie dem Bremer Umweltinstitut oder dem »Verein für Umwelt- und Arbeitsschutz«.
6. *Der »zweite Arbeitsmarkt«* mit seinen Möglichkeiten, sinnvolle, auf regionale Bedürfnisse gerichtete Projekte aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit zu finanzieren; sie mit beruflicher Weiterbildung und der Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen zu verbin-

den, die wiederum zum Ausgangspunkt für die Gründung selbstverwalteter Betriebe werden können (Modell eines »kommunalen Beschäftigungspools«).

7. *Die Bürgerinitiativen* als pressuregroups für soziale und ökologische Interessen, die auf eine Umgestaltung der örtlichen Wirtschaftsweise zielen: Stopp der Müllverbrennung und Übergang zu einem Abfall-Recycling-System, Verdrängung des Autos aus den Wohnquartieren und Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs; Initiativen für ökologische Stadterneuerung oder gegen die Zerstörung naturnaher Reservate für neue Gewerbeflächen etc.

8. *Die Belegschaften im »formellen Sektor«* — speziell in den Krisenbranchen, die sich Ideen alternativer Produktion als Rettungsanker für ihre Arbeitsplätze zu eigen machen. Das Beispiel der 1983 geschlossenen AG Weser-Werft hat allerdings gezeigt, daß solche Initiativen zu spät kommen, wenn sie erst im Angesicht der drohenden Betriebsschließung entwickelt werden.

Das Projekt einer alternativen Regionalpolitik beschränkt sich also nicht auf eine Umwidmung von Haushaltstiteln. Das Vorhaben ist anspruchsvoller: Entscheidende Voraussetzung für eine erfolgreiche soziale und ökologische Erneuerung der regionalen Ökonomie ist die Verknüpfung dieser vielfältigen Ressourcen zu einem »kommunal-genossenschaftlichen Netz«, das danach strebt, seine Abhängigkeit von Weltmarkt und kapitalistischer Konkurrenz zugunsten interner Kooperation zu verringern. Dazu zählt die gemeinsame Finanzierung und Entwicklung neuer Techniken und Produkte; die Koordination von Investitionen; gezielte Auftragsvergabe innerhalb des Verbundes; wechselseitige Nutzung von Ausbildungskapazitäten und Entwicklung neuer Berufsprofile.

Erst diese Vernetzung schafft die Möglichkeit, die Logik von einzelbetrieblicher Rentabilität und Marktkonkurrenz auch nur partiell zu durchbrechen und stattdessen nach politisch-sozialen Kriterien zu arbeiten: Gebrauchswert der Produkte, Kooperation mit der Natur, Qualität der Arbeit, Selbstverwaltung. Damit eine solche alternative Ökonomie sich entfalten kann, braucht es eine »kritische Masse« an Finanzen, Produktionsmitteln, technisch-wissenschaftlichem know how ebenso wie eine Veränderung der Nachfrageströme in Richtung umweltfreundlicher Produkte und sanfter Technik. Beides ist nur durch die Bündelung der regionalen Potentiale denkbar, auf die ein politischer Zugriff besteht.

Selbstverständlich beinhaltet dieser Ansatz auch die Politisierung wirtschaftlicher Entscheidungen, die Öffnung ökonomischer Entscheidungsprozesse für betriebliche und kommunale Demokratie. Erster Schritt in diese Richtung müßte eine breite öffentliche Diskussion über die Entwicklungsperspektiven unserer Städte und Regionen sein — nicht nur im engeren wirtschaftlichen Sinn, sondern unter der Fragestellung: Wie sollen sich diese Gemeinwesen entwickeln, wie sollten und könnten Wohnen und Arbeiten, Verkehr und Energiesystem, soziale Sicherung und Gesundheitswesen, Kultur und Bildung in Zukunft aussehen? Die »Sachzwang«-Exekution der herrschenden Politik muß mit einer intensiven gesellschaftlichen Auseinandersetzung über mögliche Alternativen konfrontiert werden. Auf dieser Grundlage kann eine regionale Rahmenplanung als Leitlinie für die öffentliche Investitions-, Forschungs- und Infrastruktur entwickelt werden; als qualitativer Maßstab dafür, welche Techniken, Produkte und Dienstleistungen gefördert werden sollen und welche nicht.

## Womit beginnen?

Der praktische Ansatzpunkt für die Entwicklung kommunal-genossenschaftlicher Netze liegt dort, wo sich soziale Bewegungen, Bürgerinitiativen und Belegschaftsinteressen heute treffen.

Ausgangspunkt kann ebenso die Forderung nach Ausstieg aus der Atomenergie und Aufbau einer alternativen Energiestruktur sein, die Beschäftigung für örtliche Ingenieurbüros, Maschinenbaufirmen und die Bauwirtschaft nach sich zieht wie die Kritik an dem ökologischen Irrwitz Müllverbrennung und der Übergang zu einem neuen, auf Abfallvermeidung und -verwertung gestützten Müllkonzept. Die betrieblichen Arbeitskreise für alternative Fertigung in einer Reihe von norddeutschen Rüstungsbetrieben haben zahlreiche zivile Produktvorschläge ausgearbeitet, in denen sich die Kritik an der Waffenproduktion mit dem Interesse an sozial sinnvollen und umweltfreundlichen Techniken verknüpft (ein Überblick in: IBS-Rundbrief 1986).

Die Realisierung solcher Initiativen hängt allemal von politischen Entscheidungen und Kräfteverhältnissen ab, erfordert eine Neuorientierung staatlicher Technologie-, Umwelt- und Haushaltspolitik etc. Regionalisierung und Alternative Ökonomie sind deshalb nicht nur sozio-ökonomische Konzepte; sie beinhalten auch immer ein *politisches Bündnis-konzept*, das auf die Hegemonie eines neuen »Reformblocks« zielt, dessen parlamentarischer Ausdruck rot-grüne Mehrheiten sein könnte, der aber weit in das liberale und konservative Spektrum hineinreichen kann und muß.

So oder so gilt, daß sich alternative Entwicklungslinien nur durchsetzen können, wenn es gelingt, die vorherrschenden, zerstörerischen Trends zu blockieren und hinreichende Massen an Intelligenz, Arbeit und Kapital in neue Bahnen zu lenken.

## Literatur

- Altwater (1986): *Lebensgrundlage (Natur) und Lebensunterhalt (Arbeit)*, in: Altwater u.a., Markt, Mensch, Natur, Hamburg
- Bullmann, U. u.a. (Hrsg.) (1986): *Lokale Beschäftigungsinitiativen*, Marburg
- Einemann, E./Lübbing, E. (1985): *Anders produzieren. Alternative Strategien in Betrieb und Region*, Marburg
- Einemann, E. (1986): *Anmerkungen zur begrenzten Reichweite lokaler Initiativen*. In: Bullmann, U. 1986
- Friedrichs, J. u.a. (1986): *Süd-Nord-Gefälle in der Bundesrepublik?* Opladen
- IBS-Rundbrief (1986): *Alternative Produktion*. Sonderausgabe des IBS/IGM-Rundbriefs zum 15. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall. Hrsg: Innovations- und Technologieberatungsstelle der IG Metall in Hamburg, Hamburg
- Krummacher, M. u.a. a (1985): *Regionalentwicklung zwischen Technologieboom und Resteverwertung*, Bochum
- Läpple, D. (1986): *Süd-Nord-Gefälle*, Manuskript

### Modell einer »Gesellschaft für ökologische Regionalentwicklung« (GÖRE)

*Aufgabe:* Bündelung der wissenschaftlichen, wirtschaftlichen, arbeitsmarktpolitischen und finanziellen Ressourcen für die ökologische Erneuerung der Wirtschaftsstruktur in Bremen/Bremerhaven; Initiierung und Unterstützung entsprechender Projekte; Erschließen neuer Beschäftigungsfelder im Bereich Umweltökonomie.

*Jahresetat:* Beginnend mit 25 Mio in 1988, schrittweise steigend bis 40 Mio in 1991 (= 130 Mio 1988/91 oder ø 32,5 Mio p.a.)

GÖRE soll sich in 4 Zweige aufteilen:

#### 1. *Forschung und Entwicklung*

Bremer Zentrum für ökologische Technik und alternative Produktion (ZÖTAP): Mittelfristig sollen folgende Abteilungen/Institute aufgebaut werden:

Energie / Verkehr / Wohnen & Bauen / Wasser- und Abwassertechnik / Recycling / ökologische Werkstoffe / Landwirtschaft & Ernährung / Arbeitsplatzgestaltung.

Vorhandene Ansätze an den Hochschulen und wiss. Instituten sollen mit dem ZÖTAP kooperieren oder ganz integriert werden. Ziel ist die Umsetzung von Grundlagenforschung in praktikable Alternativen für Technik, Produktion und Stadtentwicklung.

#### 2. *Qualifikation*

Aus- und Weiterbildung für neue, umweltfreundliche Arbeitsfelder in Kooperation mit dem ZÖTAP, Betrieben und freien Trägern. Herstellung von Prototypen und Pilotanlagen für Entwicklungen des ZÖTAP.

#### 3. *Information und Beratung*

Betriebs- und Verbraucherberatung in Sachen umweltfreundlicher Techniken, Materialien und Produkte; Aufbau einer entsprechenden Datenbank.

#### 4. *Finanzierungshilfen* (Bremer Ökologie-Fonds)

Zuschüsse / günstige Darlehen / Kapitalbeteiligungen für

- Entwicklung umweltschonender Techniken und Verfahren
- Umstellung auf umweltfreundliche Produkte
- Gründung von (vorzugsweise genossenschaftlichen) Betrieben im Bereich ökologischer Produktion und Dienstleistung.

GÖRE soll *keine Behörde* sein, sondern eine gemeinnützige GmbH, evtl. eine Stiftung, kontrolliert von einem Beirat mit Vertretern/Vertreterinnen von Deputationen, Gewerkschaften, Arbeitgebern, Umweltverbänden, Netzwerk und Hochschulen.

Evtl. ist aus haushaltsrechtlichen Gründen ein Haushaltsvorbehalt des Parlaments notwendig.

## Lutz Mez Mit einem dichten Netz von elektrischen Kraftwerken ... den Kommunismus aufbauen oder Die Energiepolitik der UdSSR

### Vorbemerkung

Als die Sowjets 1917 die Macht übernahmen, hatten sie wohl eine Menge revolutionärer Vorstellungen und Ideale; es mangelte aber an konkreten Konzepten für Technik, Volkswirtschaft und Nutzung der Naturressourcen. Zwischen betrieblicher Selbstverwaltung (Arbeiterkontrolle) und straff organisierter Planwirtschaft (Kriegskommunismus) schlingerte der Kurs.

Von Lenin (Bd. III, 587 ff.) stammt die Formel »Kommunismus = Sowjetmacht + Elektrifizierung«. Diese eindimensionale Kommunismus-Vision lautete weiter: »Wenn Rußland sich mit einem dichten Netz von elektrischen Anlagen bedeckt haben wird, dann wird unser kommunistischer Wirtschaftsaufbau zum Vorbild für das kommende sozialistische Europa und Asien werden«.

Zunächst richtete sich die Sowjetunion selbst aber nach anderen Vorbildern und orientierte sich an der Entwicklung der Technik in kapitalistischen Industriegesellschaften. Die Energiepolitik wurde zum Mittelpunkt der sowjetischen Wirtschaftspolitik. Der Elektrizität als industriell am besten zu handhabende Energieform kam von Anfang an besondere Bedeutung zu. Hauptaufgabe wurde die Elektrifizierung des rückständigen Landes. In die erste Phase der Entwicklung gehört der Plan-Goelro (Staatliche Elektrifizierung Rußlands) von 1920, nach dem in 10 bis 15 Jahren 30 Kraftwerke mit einer Kapazität von insgesamt 1 500 MW gebaut werden sollten. Nach Lenins Tod (1924) begann die »Industrialisierungsdebatte«. Die Tendenzen, die bis dahin eher aufgezwungen waren, wurden nun zum Programm. In der Kontroverse exponierten sich Bucharin und Preobraschenski. Am Ende siegte Stalin: Er setzte voll auf die Schwerindustrie und unterdrückte alle Debatten über qualitative Entwicklungen. Die Unterjochung der Natur wurde unter Stalin zur Emanzipation uminterpretiert. Die Steigerung der Stromerzeugung galt als eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür, »daß die technische Umgestaltung der sowjetischen Volkswirtschaft im großen und ganzen zum Abschluß gebracht werden konnte«. Angeblich »überholte« die UdSSR mit einem Brennstoffverbrauch von 0,62 kg pro erzeugte kWh im Jahr 1937 gar die in industrieller Hinsicht führenden Länder. Im Zweiten Weltkrieg wurde der sowjetischen Industrie ein ungeheurer Schaden zugefügt. Die deutsche Besatzungsmacht zerstörte auf dem Gebiet der UdSSR über 30 000 Industriebetriebe, plünderte und zerstörte die Kohleindustrie des Donez-Beckens und des Moskauer Kohlebeckens, sprengte 61 der größten und eine beträchtliche Anzahl kleinere Elektrizitätswerke. Der Fünfjahresplan für 1946-1950 nannte als Ziele bei der Kohleförderung 500 Mio t und bei der Erdölgewinnung 60 Mio t, beim Ausbau der Kraftwerkkapazität 11 700 MW im Jahr 1950. Das Gesetz über diesen Fünfjahresplan hob besonders hervor, daß es gilt, »den weiteren technischen Fortschritt in allen Zweigen der